

### Montagsdemos in Trier

Das Trierer Bündnis gegen Krieg veranstaltet ab sofort jeden Montag eine Demo in Trier. Wenn die Friedensbewegung den Krieg auch nicht verhindern konnte, so gelte es jetzt den Druck aufrechtzuerhalten, um den Krieg zu stoppen, sowie die Etablierung von Präventivkriegen zu verhindern. So beschreibt das Bündnis gegen Krieg seine Beweggründe. Deshalb findet ab jetzt jeden Montag um 17 Uhr eine Mahnwache für den Frieden am Hauptmarkt statt. Daran schließt sich ein Demonstrationszug durch die Innenstadt ab 17 Uhr 45 an. Neben Redebeiträgen sind musikalische Einlagen und Texte geplant.

Informationen gibt es im Netz unter [www.AGF-Trier.de](http://www.AGF-Trier.de) oder [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

### Aufbruch im "Wilden Westen"

Der Kanton Redingen ist Thema des Dossiers der Ausgabe Nr. 225 von der Zeitschrift "forum". Ein Kanton, der sich besonders durch die vorbildliche Zusammenarbeit von Gemeindeführungen verschiedenster Parteien und seiner Vorreiterrolle auf dem Gebiet der alternativen Energien auszeichnet. Außerdem beinhaltet die neue Nummer auch das Thema Krieg, hier kommen mit Günter Grass und Erich Kästner zwei eindringliche Stimmen der deutschen Literatur zu Wort. Im Editorial nun kann nachgelesen werden, was der Zusammenhang zwischen der geplanten Schulreform des Erziehungsministeriums und des Krieges ist.

forum Nr. 225, siehe auch [www.forum-online.lu](http://www.forum-online.lu)

### Méco gegen "Lex Greenpeace"

Der Méco wehrt sich gleich in doppelter Hinsicht gegen den Gesetzesvorschlag, der allgemein "Lex Greenpeace" genannt wird. Die Umweltorganisation kritisierte im Rahmen einer Pressekonferenz am vergangenen Dienstag den leichtfertigen Gebrauch des Spitznamens "Lex Greenpeace". Dieser suggeriere, dass es bei dem Entwurf nur darum gehe, Blockaden von Privaträumen zu vermeiden. Dabei schließt der Vorschlag ausdrücklich auch öffentliche Räume ein. Darüber hinaus ist das Gesetz nach Ansicht des Mouvement und seines juristischen Experten Dean Spielmann nicht im mindesten notwendig. Laut Spielmann sind dem Staat bereits jetzt ausreichend zivilrechtliche Möglichkeiten gegeben, um gegen mögliche Blockaden vorzugehen. Die Schlussfolgerung des Juristen: Die im Vorschlag Nr. 5072 geforderten Änderungen des Strafrechts beschneiden die Freiheit auf Meinungsäußerung sowie die Versammlungsfreiheit.

### INTERNATIONALES JAHR DES WASSERS

# Das blaue Gold

**Am Anfang des 21. Jahrhunderts stehe die Erde vor einer ernsthaften Wasserkrise, warnt die Unesco.**

"Unter allen Krisen der Menschheit betrifft die Wasserkrise das wichtigste Element unseres Überlebens." Diesen prägnanten Satz sprach Koichiro Matsuura, Generalsekretär der Unesco, anlässlich der Veröffentlichung des Welt-Wasser-Berichtes am 5. März in Paris. Demzufolge wird die kostbare Ressource in zahllosen Regionen der Welt in ungeahnten Ausmaßen knapp.

Die derzeitige Situation ist in alarmierend. Ein Sechstel aller Menschen hat schon heute keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und 40 Prozent der Weltbevölkerung verfügen nicht über eine adäquate Abwasserentsorgung. Jeden Tag sterben etwa 6.000 Kleinkinder an Krankheiten, die durch verschmutztes Wasser übertragen werden. Insgesamt sind verschmutztes Wasser und mangelhafte Abwasserentsorgung die Ursache für rund 80 Prozent aller Krankheiten in den Entwicklungsländern. Eine Toilettenspülung in den Industrieländern verbraucht so viel Wasser wie eine Person in einem Entwicklungsland pro Tag für Waschen, Trinken und Kochen zur Verfügung hat.

Bis 2015 soll nun die Zahl der Menschen, die weder Zugang zu Trinkwasser noch zu Abwasseranlagen haben, durch zahlreiche Maßnahmen um die Hälfte reduziert werden. Der Gipfel der Vereinten Nationen in Johannesburg im Sommer vergangenen Jahres hielt dieses ehrgeizige Ziel fest. Auf dem 3. Welt-Wasser-Forum sollten erste Schritte zum Erreichen dieser Ziele eingeleitet werden.

Vom 16. bis zum 23. März trafen sich VertreterInnen der einzelnen Staaten und zahlreicher internationaler Organisationen in Japan. Organisiert wurde das alle drei Jahre stattfindende Forum vom Welt-Wasser-Rat.

Dem Vize-Präsident des Rates, William J. Cosgrove, zufolge sollen die TeilnehmerInnen mit den Resultaten sehr zufrieden gewesen sein. Wie es in einer gemeinsamen Abschlusserklärung heißt, sind sie über hundert neue Verpflichtungen zur Verbesserung der weltweiten Wasser-Situation eingegangen.

So einigte man sich zum Beispiel darauf, die finanziellen und technischen Mittel zur Versorgung der Menschen mit Trinkwasser zu verdoppeln. Doch das allein wird nicht genügen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Laut Welt-Wasser-Rat bräuchte man 100 Milliarden Dollar pro Jahr während der nächsten 25 Jahre, um allen Menschen Zugang zu Trinkwasser und Kanalisation zu verschaffen. Die Gesamtsumme der internationalen Entwicklungshilfe beträgt aber nur die Hälfte davon.

Ein weiteres Problem bei der Wasser-Versorgung ist die Verschwendung. Laut Unesco-Bericht werden fast zwei Drittel des verwendeten Wassers vergeudet. Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltung des Wassers bildeten deshalb einen wichtigen Teil der Abschlusserklärung. Stabile und verlässliche soziale wie politische Verhältnisse seien eine Vorbedingung für eine gute Wasser-Verwaltung. Das elementare Bedürfnis nach Wasser biete somit die Möglichkeit eine große Zusammenarbeit, aber auch Frieden erreichen zu können, heißt es in dem Papier.

### Wasser - nur für Reiche?

Eine der wichtigsten Fragen konnte allerdings nicht geklärt werden. Die Uno sieht Partnerschaften mit dem Privatsektor in den Entwicklungsländern vor, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Die Welthandelsorganisation WTO zielt gar auf eine komplette Privatisierung der Wasserversorgung durch das Handelsabkommen GATS (siehe woxx Nr. 678 und Nr. 685) ab. Viele NGOs befürchten nun, dass die großen Konzerne sich die

wertvolle Ressource aneignen und - ausschließlich auf eigene Profite bedacht - das Wohl der Bevölkerung außer Acht lassen. Als Beispiel wird die bolivianische Stadt Cochabamba zitiert. Hier wurde vor vier Jahren die Wasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung privatisiert. Die Konzession erhielt der US-amerikanische Konzern Bechtel. Als das Unternehmen die Wassergeschäfte übernahm, setzte es eine erhebliche Tarifierhöhung durch. Diese führte zu einer Reihe von Demonstrationen der empörten Bevölkerung, bei denen es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen kam. Es gab einen Toten und zahlreiche Verletzte. Die Gemeinde übernahm danach wieder die Wasserverwaltung, woraufhin Bechtel den Staat Bolivien auf 25 Millionen Dollar Schadenersatz verklagte.

Aber selbst wenn diese "Business Partnerships for Development", wie die Weltbank solche Zusammenarbeit mit privaten Firmen nennt, funktionieren sollten, sie würden sich bis auf wenige Ausnahmen auf die großen Metropolen beschränken. Der Großteil der Bevölkerung der Entwicklungsländer lebt aber noch immer auf dem Land, für das sich die großen Konzerne - mangels Profitmöglichkeiten - nicht weiter interessieren, so der Vorwurf von NGOs.

Wie auch immer die Möglichkeiten zur weltweiten Wasserversorgung und die Verteilung der Kosten aussehen mögen, noch ein weiteres Problem kann in der Wasserfrage nicht ausgeklammert werden: Die Verseuchung des Trinkwassers besonders in der westlichen Welt, durch die Benutzung chemischer Düngemittel sowie von Pestiziden in der Landwirtschaft, schreitet immer schneller voran. Da inzwischen viele Entwicklungsländer die veralteten Düngetechniken des Westens übernommen haben, bleibt auch ihr Boden - und somit auch das Grundwasser - nicht von einer Verseuchung verschont.

Olivier Kalmus

### Avis

#### Le Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse

se propose d'engager

**un(e) employé(e) de la carrière supérieure avec effet immédiat et pour une durée déterminée de 15 mois**

pour les besoins de son service pour personnes handicapées et accidentées de la vie.

Les candidat(e)s doivent

a) être détenteurs/détentrices du diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires ou d'un diplôme reconnu équivalent par la législation et la réglementation luxembourgeoises;

b) d'un diplôme justifiant d'un cycle complet de 4 années d'études universitaires.

Les candidats auront une connaissance adéquate des

langues luxembourgeoise, française et allemande. Ils maîtriseront par ailleurs l'outil informatique.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures, accompagnées d'une notice biographique et d'une copie des diplômes, sont à envoyer au Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, 12-14, ave Emile Reuter, L-2919 Luxembourg, **pour le 15 avril 2003 au plus tard.**

#### Ministère des Travaux publics

#### Administration des Ponts et Chaussées

#### Division centrale de la Voirie

#### Avis d'adjudication

Le **mercredi 7 mai 2003 à 10.00 heures**, il sera procédé au bâtiment des Ponts et

Chaussées à Luxembourg, 26, rue N. Adames à l'ouverture de la soumission relative au

#### Réaménagement de l'avenue J.F. Kennedy au Kirchberg Tronçon OUEST

**Lot VI: Elargissement Sud du pont d'accès B.A.K.**

#### Volume des travaux

#### Nouvelles fondations du tablier existant:

- **démolition partielle de la plateforme piétons; réalisation des piles, culées et chevêtres**

#### Ripage de l'ancien tablier

- **découpe des piles intermédiaires; mise sur appuis du ripage; ripage et descente du tablier**

#### Réalisation du nouveau tablier

- **réalisation d'un chevêtre sur appui intermédiaire; réalisation du tablier en poutrelles enrobés;**

#### réhabilitation de la plateforme piétons

#### Réalisation des déviations provisoires successives aux travaux

- **raccordement à la voirie**

**Durée prévisible des travaux: 200 jours ouvrables**

**Début prévisible des travaux: juillet 2003**

Les documents sont à la disposition des intéressés audit bâtiment les jours ouvrables de 8 à 12 heures à partir du **7 avril 2003** contre présentation d'une copie de virement de **250 €** versés sur le CCP 1146-79 de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines.

**Il ne sera procédé à aucun envoi des documents.**

Les offres sont à remettre avant le jour et heure respectifs à Monsieur l'ingénieur première classe, 26, rue Nicolas Adames à Luxembourg ou à la B.P. 20 / L-2010 Luxem-

bourg, conformément aux stipulations du cahier général des charges du 2.1.1989 portant institution d'un cahier des charges applicables aux marchés publics de travaux et de fournitures de l'Etat.

Luxembourg le 5.04.2003  
La ministre des Travaux publics  
Erna Hennicot-Schoepges

#### Ministère des Travaux publics

#### Administration des Ponts et Chaussées

#### Service Electro-Mécanique Avis d'adjudication publique

Le vendredi, 11 avril 2003, il sera procédé à 11.00 heures aux bureaux de Service Electro-Mécanique, 25, rue du Chemin de Fer à L-8507 Bertrange, à l'ouverture des soumissions relatives à la fourniture de:

**a) 380 candélabres,**

**b) 250 armatures,**

**c) 170 candélabres dans l'intérêt de l'autoroute de la Sarre,**

**d) 6 km câble souterrain dans l'intérêt de l'autoroute de la Sarre,**

**e) 200 armatures de 170 coffrets dans l'intérêt de l'autoroute de la Sarre.**

Les cahiers de charges sont à la disposition des intéressés audit bâtiment les jours ouvrables de 9 à 11 heures.

Les soumissions sont à remettre à l'Administration des Ponts et Chaussées - Service Electro-Mécanique à l'adresse susmentionnée, conformément aux stipulations du cahier général des charges du 2 janvier 1989.

Luxembourg, le 29 mars 2003  
La Ministre des Travaux publics  
Erna Hennicot-Schoepges